

Eilanträge ebnen den Weg für Debatte über Förderschulen

CELLE (ram). Der Kreistag des Landkreises Celle traf sich am vergangenen Mittwochnachmittag im Kreistagssaal zu einer öffentlichen Sitzung. Dabei wurden von der SPD-Fraktion, von der Fraktion der Grünen sowie von der FDP/Lenzen-Fraktion Eilanträge zum Thema „Förderschulen“ eingebracht.

Von der SPD wurde beantragt, dass die Verwaltung damit beauftragt werden soll, die Fortführung der Sekundarstufe I mit dem Förderschwerpunkt Lernen an der Pestalozzi-Schule bis zum Jahr 2028 gemäß der am 27. Februar 2018 beschlossenen Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes zu beantragen. Um die Voraussetzungen für die Genehmigung des Antrages zu erfüllen, soll die Verwaltung weiterhin beauftragt werden, in Zusam-

menarbeit mit der Pestalozzi-Schule und den allgemeinbildenden Schulen ein regionales Inklusionskonzept zu erarbeiten. SPD-Fraktionsvorsitzender Mathias Pauls beantragte eine Überweisung des Antrages an den Kreisausschuss und gegebenenfalls an den Schulausschuss, was einstimmig beschlossen wurde.

Von der FDP/Lenzen-Fraktion wurde beantragt, dass die Arbeit der Erich-Kästner-Förderschule sowie die Lernhilfe-

zweige der Pestalozzi-Schule in Celle und der Käthe-Kollwitz-Schule in Bergen weitergeführt werden. Für seine Fraktion beantragte Charles M. Sievers ebenfalls die Überweisung an den Kreisausschuss und den Schulausschuss, was einstimmige Zustimmung fand.

Schließlich beantragte die Grünen-Fraktion, dass der Kreistag zeitnah eine zusätzliche Sitzung des Schul- und Kulturausschusses einberuft, was auch einstimmig beschlos-

sen wurde. „Es ist unbedingt notwendig, dass eine öffentliche Debatte stattfindet“, betonte Heiko Wundram (Grüne) bei der Antragseinbringung.

Die CDU-Fraktion machte für die Anträge der SPD, der Grünen und der FDP zu diesem Themenbereich den Weg für eine Eilberatung frei, sodass in der Kreisausschusssitzung am 13. April eine Entscheidung getroffen werden kann. Die Schulgesetznovelle geht aus Sicht der CDU nicht weit genug, verschiebt sie das Sterben der Förderschulen nur auf das Jahr 2028, so der CDU-Fraktionsvorsitzende Torsten Harms: „Das haben wir so nicht gewollt, uns wären eigenständige Förderschulen und ein integrativer Unterricht lieber. Es gibt aber kein neues System, sondern nur die Möglichkeit etwas länger zu erhalten. Dieser schlechte Kompromiss der Regierungsfractionen stellt alle Beteiligten vor große Herausforderungen.“

Im Rahmen der Sitzung wählte der Kreistag einstimmig vier Vertrauenspersonen für den Ausschuss zur Wahl der Schöffen beim Amtsgericht für die Geschäftsjahre 2019 bis 2023: Auf Vorschlag der CDU-FDP-WG Landkreis-Gruppe Adolf Krause (Sülze), Elke Meyer (Lutterloh) und Edmund Riggers (Hermannsburg) sowie auf Vorschlag der SPD-Fraktion Anja Schulze (Hambühren).

Der Kreistag beschloss ebenfalls einstimmig die Verstetigung des Projektes „Netzwerk Frühe Hilfen - Kinderschutz“ und stellte den erforderlichen Eigenanteil unter Vorbehalt der entsprechenden Haushaltsgenehmigungen zur Verfügung.



Im Kreistagssaal traf sich am Mittwoch der Kreistag zur öffentlichen Sitzung.

Foto: Müller